

Rezensionen

Christopher Spehr / Roland M. Lehmann (Hg.): Diskriminierung von Christen in der DDR. Bd. 1: Militarisierung und Widerstand in den 1960er Jahren, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 2023, 357 Seiten

Der Band enthält die Beiträge einer Tagung vom 27.-29. Sept. 2021 in Jena. Er ist in vier Abteilungen gegliedert. Die erste befaßt sich mit der Militarisierung in beiden deutschen Staaten und den Reaktionen der Kirche. Der zweite präsentiert den christlichen Widerstand und die staatlichen Gegenmaßnahmen vor allem in der DDR. Im dritten werden die Formen der Diskriminierung erörtert. Scherr untersucht dabei die Begriffe Diskriminierung und Antidiskriminierung. J. Seiler faßt diese Überlegung später kurz zusammen: Unter Diskriminierung werden „Äußerungen und Handlungen“ verstanden, „die sich in herabsetzender oder benachteiligender Absicht gegen Angehörige bestimmter sozialer Gruppen richten, die zudem mittels Benachteiligungen und Bevorzugungen konstruiert sind, ...“ (S. 250). Im vierten wird die Diskriminierung christlicher Konfessionen und Sondergemeinschaften an Beispielen dargestellt. Dabei wird auch der sog. „Thüringer Weg“ erörtert. Ein Beitrag behandelt die Diskriminierung der katholischen Christen in den 60er Jahren und ein weiterer berichtet die Position des Vatikans. Schließlich wird auch das Leiden der Zeugen Jehovas und die Besonderheiten der Mennoniten in der DDR thematisiert. Ferner ist als 5. Abteilung ein Interview mit Rainer Eppelmann wiedergegeben und seine Erfahrungen als „Bausoldat“ aufgenommen. Nach der Einführung von den beiden Herausgebern beginnt der Band mit einem sehr lesenswerten Beitrag von Deltel Pollock, in welchem die Lage der evangelischen Theologie und Kirche in den 1960er Jahren aus den strategischen Entscheidungen der SED-Führung in den 50ern analysiert wird. Während die Kirche in den 50er

Jahren sich noch stark genug sah z.B. in der Frage der Jugendweihe einen Kampf aufzunehmen, den sie schließlich verlor, versuchte sie unter der Leitung des Thüringer Bischofs M. Mitzenheim schon Ende der 50er in Verhandlungen mit dem Staat ihre Position abzusichern. Dies führte zur Erklärung vom 21. Juli 1958, in welchem die Verhandlungspartner erklärten: „Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei“ (S. 31). Diese Erklärung war innerkirchlich hoch umstritten, setzte sich aber nach dem Mauerbau „immer mehr durch“, bis sie durch die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche im Jahre 1969 schließlich zur Leitlinie des kirchlichen Handelns wurde (S. 32). In den 50er Jahren war das westliche Gesellschaftsmodell noch das „normative Maß für alle Kritik an der DDR“ (S. 40). Da diese Kriterien – auch im Westen – fragwürdig wurden, bildete sich eine Verschiebung der Maßstäbe heraus: „Nicht mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit waren die höchsten Werte, sondern Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität“ (S. 40). Dies fand dann auch in der einzigen nach dem Mauerbau von den Kirchen in West- und Ostdeutschland gemeinsam verfaßten Stellungnahme seinen Ausdruck, indem die Studie von 1968 als verbindliche Grundwerte den Frieden unter den Völkern herausstellte (KJ 95 (1968), 122). R. Eppelmann stellt das in seinem Interview anders, jedenfalls unter anderen Gesichtspunkten dar: „Die Kirche in der DDR war eine ‚Schule der Demokratie‘. Für viele Menschen war es ein Freiraum, vielleicht sogar der einzige, den es in der DDR gab. Die einzigen freien und demokratischen Wahlen in der DDR, bei denen nicht betrogen wurde, waren die Wahlen zum Gemeindekirchenrat, zum Kreiskirchenrat oder zur Synode. Die einzigen Räume, in denen nicht die Partei oder der Generalsekretär bestimmte, was Thema war, was man sagen durfte und

was am Ende rauskommen sollte, waren die Gemeindehäuser und Kirchen“ (S. 346). Man wird die Thesen von D. Pollack und R. Eppelmann weiter diskutieren müssen.

Claudia Lepp vergleicht die Wiederaufrüstung nach 1945 in beiden deutschen Staaten unter dem Stichwort „Remilitarisierung“ und den Stellungnahmen der Kirchen dazu. In beiden deutschen Staaten verlief die Wiederbewaffnung parallel, wenn auch phasenverschoben, indem in der BRD die Bundeswehr 1955 mit einer allgemeinen Wehrpflicht von Anfang an eingerichtet wurde, in der DDR die Nationale Volksarmee zunächst eine Freiwilligenarmee war und die allgemeine Wehrpflicht erst 1962 eingeführt wurde. In der BRD gab es von Anfang an das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, während die DDR erst 1964 einen waffenlosen Wehersatzdienst als Bausoldat ermöglichte. 1957 schloß die EKD einen Militärseelsorgevertrag. Dies führte in der DDR zu heftigen Polemiken gegen die EKD, die als Militärkirche qualifiziert wurde. In der DDR wurde eine „Seelsorge der Wehrpflichtigen“ nicht eingeführt, vielmehr wurde an Schulen und Universitäten eine verpflichtende „vormilitärische Ausbildung“ organisiert (1963), die bereits durch die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) seit 1952 verbreitet war. Lepp bezeichnet diese als „paramilitärische Massenorganisation“, die die 16-18jährigen Jungen auf einen Wehrdienst vorbereitete. Mädchen konnten freiwillig an diesen Angeboten teilnehmen (S. 55). Eine Militarisierung durchdrang mithin die gesamte DDR Gesellschaft. Das zeigt sich auch darin, was Lepp nicht erwähnt, daß sogar Mitarbeiterinnen der Stasi einen militärischen Titel bekamen (vgl. A. Schmolle: *Mittäterinnen, Frauen und Staatssicherheit*, Halle 2023). Die Stellungnahmen der Kirchen blieben zweideutig.

Hartmut Zinser

Klaus Körner, Trojanische Pferde. Politische Verlage im Kalten Krieg, Lehmann Verlag Leipzig 2023, 544 Seiten, davon 30 Seiten Abbildungen auf Kunstdruck, geb. Euro 59,-- (Reihe Buchgeschichten, Bd. 3)

Ein wenig irreführend ist der – einen ebenso bekannten wie umstrittenen Buchtitel aus der Zeit der deutschen Teilung (Karl Richter, *Die trojanische Herde*, 1959) variierende – Titel des vorliegenden Sammelbandes mit Aufsätzen des Autors aus drei Jahrzehnten. Denn die meisten vorgestellten Verlage „kämpften“ nicht nach dem Vorbild des Trojanischen Pferdes der Griechen, das die Trojaner durch seine Scheingestalt als Pferd darüber täuschen sollte, daß sich in seinem Inneren feindliche Kämpfer befanden. Die politischen Verlage im Kalten Krieg waren vielmehr und überwiegend als solche kenntlich und verbargen ihre feindlichen Inhalte keineswegs – nicht einmal die polemischen und satirischen Propagandaschriften, die nicht in den Buchhandel gelangten, sondern auf Schleichwegen – Postversand, Hand-zu-Hand-Propaganda oder gar Ballonabwürfen – zu ihren Adressaten gelangten. Dagegen holten die historischen Trojaner das Pferd der Griechen selbst in ihre Stadt, weil sie sich von seiner Erscheinung täuschen ließen. Ein wenig anders verhielt es sich mit einigen Westverlagen, die – vor allem nach dem KPD-Verbot 1956 – von der SED finanziert und gesteuert wurden und sich gewissermaßen – anders als das Trojanische Pferd – schon hinter den feindlichen Bonner Mauern befanden: der Röderberg Verlag der VVN, der Progress Verlag Fladung und der Düsseldorfer Brücken Verlag für Importe von DDR-Literatur. Nach der DKP-Gründung 1968 und dem Niedergang des Progress Verlags Fladung fungierte der münchener Verlag Heino von Damnitz – von Körner nicht porträtiert – in diesem Sinne.

Klaus Körner ist sich der Schiefelage des Titels und der Lücken in seinen Beispielen

wohl bewußt und hat sie im Vortragsmanuskript seiner Buchvorstellung in der Hamburger Staatsbibliothek durch einen umfassenden Blick auf die politischen und zeitgeschichtlichen Hintergründe zurechtgerückt. Beides beeinträchtigt in keiner Weise Gehalt und Fülle seiner Fallbeispiele politischer Verlage und Propagandaliteratur im Kalten Krieg, die seine Aufsätze zu einer wahren Fundgrube für Buchgeschichte und politische Publizistik machen. Sie erheben auch nicht den „Anspruch, ein vollständiges Bild der politisch im Kalten Krieg engagierten westdeutschen Verlage zu zeichnen.“ (Vorwort).. Es fehlen auf der Gegenseite vollständig Porträts (immerhin bibliografisch erfaßter) politischer Verlage der DDR (Kongress Verlag, Express Verlag, Verlag Die Wirtschaft), und unter seinen ausgewählten Beispielen bundesdeutscher Verlage Einzelporträts gewichtiger Akteure. Um einige zu benennen: der Willi Weismann Verlag (über den es aber schon ein Marbacher Magazin gibt), der Voltaire Verlag und seine zweite Existenz als Edition Voltaire (auch da existiert schon eine buchgeschichtliche Studie), oder der für das Thema höchst relevante Verlag „europäische ideen“ von Andreas Mytze (völlige Fehlanzeige). Auch diese Akteure deutsch-deutscher Politikkonkurrenz sollten bei der künftigen Erarbeitung einer umfassenden Geschichte des Buchhandels in der Bundesrepublik nicht vergessen werden., nachdem Körner seine hier versammelten 20 Einzelbeiträge nicht erst ergänzt und erweitert, sondern in ihrer Erstfassung wieder vorgelegt hat. Eine Überarbeitung, so schließt sein Vorwort, „erschien weder möglich noch sinnvoll, dies hätte bedeutet, ein ganz neues Buch zu schreiben.“

Neu hinzugekommen ist allein nur der 30-seitige Bild-Essay *Der Kalte Buch-Krieg in Bildern* (mit detaillierten Nachweisen S. 518-521), der anhand ausgewählter Broschüren- und Bucheinbände aus einer Sammlung von 5000 (!) Propagandahef-

ten einen „Eindruck von der buchkünstlerischen Umsetzung der teilweise erbittert geführten politischen Auseinandersetzungen vermittelt.“ (Nur die 3-D-Ausgabe der auflagenstärksten West-Propagandaschrift „Tarantel“ - mit 3_D-Brille! - war in diesem Medium nicht darstellbar.) Eine bedauerliche Fehlanzeige sowohl im Bildteil wie in den Aufsätzen ist die Publizistik des MfS-Offiziers im besonderen Einsatz Julius Mader beim Kongress Verlag der DDR und sein Desinformations-Handbuch „Who is Who in CIA“ in seinem fiktiven Selbstverlag. Mader alias Thomas Bergner schaffte es mit einer „Lizenzausgabe“ sogar in den von Anzeigenaufträgen der DDR finanzierten Westverlag Pahl-Rugenstein, der nach dem Ausbleiben der zuletzt 1.5 Millionen aus dem Osten 1990 Konkurs anmelden mußte.

Besser als die fallierenden Politverlage des Kalten Kriegs nach dem Ende amerikanischer Finanzhilfe kamen – mit Ausnahme des als Verleger gescheiterten Eugen Kogon – jene Westverlage weg, für die das Gesamtdeutsche Ministerium, die Bundeszentrale für Politische Bildung und andere Förderer einsprangen wie die Gewerkschaften (Körner porträtiert den Bund Verlag und die Europäische Verlagsanstalt) und Parteien (Körner nimmt die Berliner SPD-Verlage *arani* und *colloquium* und den Stuttgarter CDU-nahen Seewald Verlag unter die Lupe). Weitere Beispiele sind der linksorientierte Rütten und Loening Verlag aus dem Haus Bertelsmann, wegen dessen Globke-Buch die Bonner Regierung Bertelsmann mit der Einstellung der Zusammenarbeit drohte., Der Verlag Kiepenheuer & Witsch, schon seit Gründung auch mit Literatur über die DDR befaßt, lagerte kurzerhand seine aus Bonn geförderte politische Publizistik in den Verlag Wissenschaft und Politik Bernd von Nottbeck aus – samt dem Handbuch *SBZ von A-Z* und dem zentralen *Deutschland Archiv*, das 1989 das Ende der DDR melden konnte. Der 1990 verstorbene Verleger feierte aus diesem An-

laß noch mit der Redaktion und seiner Familie. An der Weiterführung des Verlags scheiterte erst sein Sohn Claus Peter von Nottbeck mit einem hohen Schuldenberg, als der erhoffte Zuschlag für die 18-bändige Edition der Enquete Kommission des Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht an ihn, sondern an Suhrkamp und dessen Tochterverlag Nomos ging. Seitenblicke widmet Körner noch einigen unabhängigen, nicht subventionierten politischen Verlagen der Studentenbewegung wie dem *Trikont Verlag*, der als Verlag für Esoterik endete.

Ein – bei Körner drei – Kapitel für sich sind Politische Verlage der Bundesrepublik mit

einer Vorgeschichte im Nationalsozialismus: So der Verlag Junker & Dünnhaupt und seine Fortsetzung im *Athenäum Verlag* Wolfgang Metzners, der wiederum in die Hand des linksengagierten *Syndikat* Verlegers Axel Rütters fiel, der 1989 Konkurs anmelden mußte, weil seine Förderer absprangen. Vollends dubios erscheint die Fortexistenz bis 1953 des *Nibelungen* Verlags von Eberhard Taubert (alias *Dr. Kohl*), dem früheren Leiter der Ostabteilung in Goebbels' Propagandaministerium. Sein 1950 unter dem Pseudonym *Pacificus* erschienenes Buch „Die trojanische Taube. Kommunistische Friedenspropaganda ohne Maske“ im Ruhr-Verlag (einem antikommunistischen Tarnverlag) schmückt den Einband von Körners „Trojanischen Pferden“. Die abgebildete Friedenstaube, in der ein Panzer versteckt ist, kommt dem Vorbild des wahren Trojanischen Pferdes metaphorisch allerdings näher als Körners Buchtitel.

Der dritte, kompliziertere Fall ist der Umstieg mit politischer Kehrtwende des münchener Verlegers Kurt Desch von seinem *Zinnen Verlag* zu NS-Zeiten auf seinen Namensverlag Desch, der sich der deutschen Exil-Literatur, Hans Werner Richter (Gruppe 47) und der Kritik an der Bundesrepublik Adenauers widmete und auch Lizenzpartner für die DDR war. Er

scheiterte 1973 an seinen als „Rückstellung“ einbehaltenen Autorenhonoraren Hans Habes und Hans Hellmut Kirsts, dem Autor seines Bestsellers „08/15“. Überlebt hat die Affäre nur der Theaterverlag Desch, der Buchverlag wurde 1976 gelöscht.

Damit muß das kritische Referat des unerschöpflichen Sammelwerks sein Bewenden haben, ohne in weitere Details zur Propaganda im „heißen“ Kalten Krieg und dessen Abflauen durch die neue Ostpolitik nach 1969 zu gehen, als die Trojanischen Pferde im Stall blieben und ihr Gnadentrost verzehrten. Die Rezension kann die eigene Lektüre in diesem Fall nicht ersetzen.

Hannes Schwenger

Peter Joachim Lapp: Deutsche Christen in Rot? Ulbrichts Pfarrerbund. Dokumentation und Analyse. Aachen: Helios 2023, 260 Seiten

Die SED ging bei der Gründung der DDR von der marxistischen These aus, daß die Religion schnell absterben würde, wenn die „materiellen Wurzeln für religiösen Glauben, nämlich das private Eigentum an Produktionsmitteln und die darauf beruhende Ausbeutung beseitigt seien“ (F. Hartwich et al: SED und Kirche, Bd. 1, 1995, S. 112). Tatsächlich waren bei der Gründung der DDR über 90% der Bevölkerung Mitglied einer Kirche. Der Stasiminister Mielke sagte 1956, daß die Kirche eine „legale Position der feindlichen Kräfte innerhalb der DDR“ sei, und die SED sah in Religion und Kirche „Restbestände der Ideologie und Organisation des Klassenfeindes.“ Die SED suchte mit vielfältigen Methoden, den Einfluß der Kirche zurückzudrängen und die Kirche auf eine reine Kultkirche zu reduzieren. 1953 begann sie mit Maßnahmen gegen die „junge Gemeinde“ und führte 1954 die Jugendweihe ein, um die Jugend dem Einfluß der Kirche zu entziehen. 1956 wurden die Bahnhofsmmissionen geschlossen und weitere Aktionen gegen die Kirchen ergriffen. Zu diesen gehörte auch die Gründung des

„Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR“ (BEP) am 5. Juni 1958. Diese Gründung war durch einen Beschluß des Politbüros am 27. 11. 1956 vorbereitet. In diesem wurde auch empfohlen, „daß die politische Anleitung und Kontrolle des Bundes Evangelischer Pfarrer durch die verantwortlichen Genossen im Büro des Nationalrates der Nationalen Front über die Arbeitsgruppe für christliche Kreise beim Nationalrat der Nationalen Front gewährleistet wird. Die verantwortlichen Genossen des Nationalrates arbeiten in dieser Frage engstens mit dem Staatssekretär Eggerath zusammen“ (S. 33). In diesem Bund sollten sog. „fortschrittliche“ Pfarrer eine Zusammenarbeit gegen die reaktionären Kräfte der Kirchenleitungen entfalten. Der Bund sollte auch gegen die soziale Rechtlosigkeit (der Pfarrer) und die staatsfeindliche Politik gerichtet sein. Als Gründer waren Pfarrer Caffier, Blum, Domprediger Kleinschmidt, Pfarrer Blum und Meinecke vorgesehen. Der Bund wurde jährlich mit ca. 80.000 Mark unterstützt. Natürlich war den Gründungsmitgliedern der Beschluß des Politbüros nicht bekannt, auch wenn Vorstand und Mitglieder von Anfang an mit IMs durchsetzt waren. Die Mitglieder waren eher gegen die am Westen orientierten Kirchenleitungen, für eine gewerkschaftliche Vertretung der Pfarrer und alten, vom religiösen Sozialismus geprägten Positionen geprägt. (Beides war der SED nicht recht.) Im Gründungsaufwurf vom 5. Juni 1958 lautet es: „Wir erblicken in der werdenden sozialistischen Gesellschaftsordnung unseres Staates die von Gott in seiner Güte uns gewährte Möglichkeit, daß Kirche wieder Kirche werde, los von allem Bindestrich-Christentum, befreit von allen evangeliumsfremden Bindungen an das bürgerlich-kapitalistische System und seine Vorstellungswelt ...“ (S. 38). Der Gründungsaufwurf wurde an ca. 6.000 Pfarrer und Theologen in der DDR verschickt. Zur Gründungsversammlung kamen aber nur 52 Geistliche, statt der erwarteten 600. Der Bund hat im Laufe seines Bestehens

kaum eine relevante Anzahl von Geistlichen und anderen Mitarbeitern der Kirchen als Mitglieder gewonnen. Die Kirche hat sich mit Äußerungen zu diesem Bund zurückgehalten. Die Tätigkeit des Vorstandes des BEP war von Anfang an von Widersprüchen der Mitglieder geprägt. Günter Wirt, Chefredakteur des EPB, formulierte die Problematik des EPB dadurch, daß in ihm zwei Richtungen in Streit liegen: „1. Der Pfarrerbund als kirchenpolitisches Kampfinstrument, 2. der Pfarrerbund als Verein, als Interessenvertretung progressiver Pfarrer“ (S. 164). Günther Grewe (NR) faßte die Sitzung am 1.8.1970 mit den Worten zusammen: „Bisher haben viele Intrigen eine effektive Arbeit verhindert“ (S. 164).

Nur wenige Jahre nach der Gründung des BEP änderte die SED ihre Politik gegenüber der Kirche, Ulbrich verkündete am 4. 10. 1960: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze“ und leitet damit einen anderen Umgang mit den Kirchen ein, der später mit der Formel beschrieben wurde: „Das Absterben der Religion ist auf unbestimmte Zeit verschoben“ (Fr. Hartweg (Hg.): SED und Kirche Bd. 2, 1995, S. 8). Später wurde die Formel „Kirche im Sozialismus“ übernommen und ebenso der von A. Norden (Politbüro Mitglied) 1972 geprägte Ausdruck „Sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens“ (S. 185). Die evangelischen Kirchen kamen der Forderung der SED auf Trennung von der EKD nach und gründeten am 10. Juni 1969 den „Bund Evangelischer Kirchen“ (BEK) in der DDR. Damit war ein Hindernis in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche, was auch der BEP gefordert hatte, beseitigt. Der BEP wurde überflüssig und hat sich am 13. 11. 1974 aufgelöst. Der „Evangelische Pfarrertag“ wurde von einem „Fortsetzungsausschuß“ bis 1987 weiter durchgeführt. Die Zeitschriften wurden eingestellt. Eine eigenständige Theologie hat der BEP nie entfaltet. Nachdem sich der Staat und Kirchen seit den

60er Jahren miteinander in Beziehung gesetzt hatten, war der Bund für die SED und den Staat nicht mehr von Interesse.

Zwar wird der BEP in vielen Publikationen erwähnt, aber es ist das Verdienst dieses Buches von P.J. Lapp, daß er dem BEP eine ausführliche Darstellung seiner Gründung und Tätigkeit widmet. In dem Band sind zahlreiche Statistiken über Mitglieder und Listen der Vorstandsmitglieder eingefügt, ebenso grundlegende Papiere und Stellungnahmen des Bundes dokumentiert. Im Anhang sind weitere Dokumente (Vorläufiger Sozialplan, Haushaltspläne, Zeitafel) und ein Verzeichnis der Quellen beigegeben.

Hartmut Zinser

Wolfgang Klietz: Geheime Transporte über die Orte. Von Atomwaffen, Geheimdiensten und Bausoldaten im Kalten Krieg Edition Pommern Stralsund 2023

Ein Hafen an der Küste einer beeindruckenden Insel – das klingt nach einem Schauplatz für schöngeistige Erzählungen. Häfen, Küsten, Inseln – idealtypische Sehnsuchtsorte, Horte romantischer Begebenheiten. Ihre Realität ist jedoch meist ganz unromantisch und die Sehnsüchte, die sich mit Ihnen verbinden, nüchtern-rationaler Natur.

Rügen, Deutschlands größte Insel hat beides: Emotio und Ratio. Für manche ist sie die schönste Insel des Landes. Ihr Verhängnis ist es, zu groß zu sein, um nur erklärten Naturliebhabern und Schwärmern Platz zu bieten. Seit je umkämpft, erobert, verloren und wiedergewonnen, weckte das Eiland, das so exponiert in die westliche Ostsee ragt, stets die Begehrlichkeiten von Militärs, Ökonomen und Politikern. Prominenteste Hinterlassenschaft der Zeitgeschichte ist das gigantomanische NS-Ferientomizil *KdF-Bad Prora*, ein kilometerlanger Hotel-Bandwurm, dessen gleichförmige Architektur dem großzügigen Bogen folgt, den die See an dieser Stelle, einem Sichelblatt gleich, in die

Küstenlinie gespült hat. Unvollendet überlebt der Bau das 1000jährige Reich und ist heute, mit Geld und Initiative, in großen Teilen zum Luxusresort transformiert – ein übergroßer Barren Betongold, der vom Licht der über dem Meer aufgehenden Sonne glänzt. Die SED-Diktatur, mit folgenreich wenig Sinn, weder für Immobilien noch für deren Lage, macht aus dem NS-Erbe eine schnöde Kaserne für KVP/NVA und damit für Generationen Wehrpflichtiger. Der Kontrast von Traumstrand und ungeliebtem Dienst macht den Standort zur Strafe.

Unmittelbar nördlich von Prora liegt der Hafen, dessen Geschichte der Autor erzählt. Die Dimensionen des Komplexes sind ähnlich denen des NS-Erholungsprojekts. Das Satellitenbild zeigt raumgreifende Pier- und Gleisanlagen – ein Riesensystem: die damals größte Baustelle der DDR. Wolfgang Klietz lässt uns teilhaben an der Genese dieser Baustelle in ihren Verästelungen. Es ist sein großes Verdienst, in jahrelanger kleinteiliger Recherche alle Aspekte dieses „sozialistischen“ Projekts – das heute allenthalben den Vorsatz *Mega-* bekäme – zutage gefördert und zu Papier gebracht zu haben. Was Klietz hier abliefert und sein Verlag publiziert, ist nicht lediglich ein Stück exklusiver Regionalgeschichte a la *special interest*, sondern eine beeindruckende Betrachtung, die Technik-, Architektur, Wirtschafts- und Sozialgeschichte als interdependent erkennt und nachvollziehbar macht – letzteres auf eine Weise, die ein größeres, als ein rein wissenschaftliches Publikum erreicht. Dabei kommen dem Autor erkennbar Profession und Erfahrung zugute. Klietz geht vor allem als Journalist an sein Thema heran. Sein Hintergrund als studierter Politologe, Historiker und Literaturwissenschaftler lässt ihn das große Ganze nicht aus den Augen verlieren, ebenso wenig geraten ihm jene Details aus dem Blick, die den Stoff voranbringen und die Leser fesseln. Dass er dabei auf einen Fußnotenapparat verzichtet, ist kein Man-

gel – im Gegenteil. Es erleichtert die Lesbarkeit und einem breiteren Publikum den Zugang zum historischen Sujet. Eine Zusammenfassung von Daten und Fakten sowie der verwendeten Primär- und Sekundärquellen erfolgt ausführlich am Ende des Buches. Diese Auflistung – darunter sind Gespräche mit 27 Zeitzeugen im In- und Ausland erwähnt – macht Akribie und Umfang der Recherche deutlich.

Wie kommt das Rügen Caspar David Friedrichs zu diesem Giga-Hafen? In den 1970er Jahren ist die Sowjetunion erpicht auf einen unbegrenzten, schnellen und sicheren Zugang zu ihrem westlichsten Satelliten. Auslöser dieses Bedarfs ist die Volksrepublik Polen. Sie fordert ständig höhere Transitgebühren für Eisenbahntransporte, die sie noch dazu – aus Unwillen und/oder Unvermögen – latent schleppend abfertigt. Ein weiterer Faktor sind die freiheitlichen Bestrebungen im polnischen Volk, wie die Bildung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc. Land und Leute zeigen sich unberechenbar. Der Weg übers Wasser scheint dagegen deutlich unproblematischer, geradezu als Güterautobahn, was vor allem die umfangreiche Versorgung der halben Million sowjetischer Besatzungssoldaten in der DDR mit Kriegsgerät & Co. schneller und krisensicherer macht. Dieser Bedarf macht den Hafenaufbau zum sicherheitsrelevanten, militärischen Großvorhaben und zur Geheimsache.

An Geld, Material und Arbeitskräften scheint es in Sachen Mukran nie zu mangeln. Wenn es ihr – und vor allem den (sowjetischen) „Freunden“ – wichtig ist, zeigt die SED-Diktatur, was sie kann. In Rekordzeit, von 1982 bis 1986, entstehen Hafen, Gleisanlagen, Verladebrücken und fünf Fährschiffe völlig innovativer Bauart. Alles wird vom üblichen propagandistischen Spektakel begleitet. Hinter der unbestrittenen Höchstleistung verrottet das Land.

Sowjetisches Pendant zu Mukran ist der Fährhafen im lettischen Klaipeda. Nach

Fertigstellung pendeln die Fähren auf direkter Linie zwischen diesen beiden Punkten; Zwischenstopps gibt es nicht. Die Ingenieure ziehen alle Register und erfinden das Thema Eisenbahntransport-auf-dem-Seeweg quasi neu, für die Funktionsarchitektur ebenso wie für die Schiffe. Stets reinprojektiert: die sowjetische Breitspur. Auch die Option, die Fähren zum Truppentransport für militärische Fahrzeuge auf Rädern und Ketten flink herrichten zu können, fehlt nicht. Wer um die Rolle der Logistik für militärische Operationen in heißen wie in kalten Kriegen weiß, vermag zu erfassen, was ein funktionierendes Infrastruktur-Element wie dieser Seeweg bedeutet. Vor- und Durchmarschstraßen, Bahnlinien, Brücken und Frachtraum – aus solchen Komponenten speisen sich die militärischen Planungen der Sowjetunion, den eigenen Einflussbereich zu sichern und – für den Fall der Fälle – auf einem potentiellen europäischen Schlachtfeld mit ausreichend Nachschub bestehen zu können. Für diese Fähigkeit interessieren sich auch die westlichen Geheimdienste. Kliez beschreibt deren Bemühungen, den Bau, den Betrieb und die Fähren auf ihrem Seeweg auszuspähen sowie den erheblichen und oft vergeblichen Aufwand von MfS und KGB, Sicherheitslecks zu schließen.

Seinen erzählerisch-dokumentarischen Höhepunkt erreicht das Buch in der Darstellung der Arbeit der Bausoldaten, vor allem bei der Tätigkeit in den Senkkästen. Waffendienstverweiger sind es, die in den Caissons den Meeresboden für den Molenbau ebenen. Männer auf dem Grund, Knochenarbeit, in Schichten, in einem stählernen Sarg. Die Schilderungen dieser archaisch-klaustrophoben Arbeit nehmen im Buch keinen großen Raum ein, doch erinnern sie unweigerlich an die Intensität von Bernhard Kellermanns *Der Tunnel*. Für die Bausoldaten ist das Mukran-Projekt neben der physischen, eine ethisch-moralische Herausforderung. Der trotz aller Geheimhaltung unverkennbare Zweck

des Vorhabens stürzt die Waffendienstverweigerer in eine Sinnkrise. Hier dienen sie dem Militär und der SED-Diktatur als billige Arbeitskräfte weit effektiver als Soldaten mit der Waffe in der Hand. Für die NVA ist das Geschäft einträglich. Sie stellt dem Bauministerium Stundenlöhne von 15 bis 23 Mark in Rechnung; den Soldaten zahlt sie 150 Mark Sold, im Monat. Einziger Wermutstropfen für den Staat: Auf einer strategisch wichtigen, hoch geheimen Baustelle arbeiten ausgewiesene Kritiker des SED-Staates, die nolens volens detaillierte Einblick erhalten, was wiederum zu einer Sinnkrise bei den zuständigen Stasi-Mitarbeitern führt. Denn wegzudenken sind die dissidenten Malocher aus der an Arbeitskräften notorisch klammen Volkswirtschaft der SED-Diktatur nicht mehr.

Für das wiedervereinigte Deutschland ist Mukran ein Geschenk. Über den bestens funktionierenden Hafen kann der Großteil der einst sowjetischen Besatzungssoldaten nebst Waffen und Gerät zügig und problemlos abziehen. Mit auf den Ladendecks der Fähren sind die in der DDR stationierten sowjetischen Atomwaffen und ihre Trägersysteme. Als das geschafft ist, endet der Fährbetrieb Richtung Russland über kurz oder lang, aus ökonomischen Gründen. Die Spezialschiffe werden verkauft, eines abgewrackt. Der Hafen bleibt. Wer hier heute einschiff, mag die Überfahrt nach Skandinavien nutzen, um dabei das Buch von Klietz zu lesen, auf dass die Reise nicht nur Transfer zwischen zwei Punkten ist, sondern eine Reise durch Zeit, in der Menschen Dinge geschaffen haben, der mehr sind, als ihre Gestalt. Rügens Ostküste sieht sich heute neuen industriellen Herausforderungen gegenüber. Für viele Inselbewohner ist es eine neue Zumutung. Vor Mukran entsteht ein großes Flüssigerdgasterminal – aus strategischen Gründen, wieder mal.

Tobias Voigt

Lothar Tautz: Die Solidarische Kirche als Wegbereiterin der Friedlichen Revolution, Studienreihe der Landesbeauftragten Band 10, Halle 2023, ISBN 978-3-96311-658-2, Seitenzahl 212, 16.00 €.

Die Friedliche Revolution wurde lediglich von einer Minderheit der Ostdeutschen angetrieben und gestaltet, fiel aber auch nicht vom Himmel. Vielmehr hatten auch dessen irdische Vertreter wie Pastoren, Katechetinnen und andere kirchliche Mitarbeiter wesentlichen Anteil an dem was man rückblickend die „Herbstrevolution“ nennt. Viele von ihnen waren in dem im Oktober des Jahres 1986 in Berlin gegründeten "Arbeitskreis Solidarische Kirche" (AKSK) DDR-weit vernetzt. Diesem Arbeitskreis widmet der Zeitzeuge und Autor Lothar Tautz ein weiteres Buch, wofür er sich in der Einleitung entschuldigt. Er zählt eine Liste mehr oder weniger umfangreicher Werke auf die sich bereits zuvor dem AKSK widmeten, lässt dabei wichtige Werke wie bspw. Sebastian Richters „Norm und Eigensinn – Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985–1989“ unerwähnt und erschöpft mit seinem Buch das Thema noch immer nicht.

Was aber war der in der DDR-Öffentlichkeit vor und nach der Friedlichen Revolution unbekannt und heute zu Unrecht fast vergessene AKSK?! Infolge der Initiative von Vikaren, die sich 1985 am Predigerseminar Wittenberg lose auf Ziele wie die innere Reform der Institution Kirche aber auch der Gesellschaft verständigten, bildeten sich nach der AKSK-Gründung am 7. Oktober 1986 in Berlin knapp 20 Regionalgruppen deren größte in Jena, Leipzig und Berlin zu Hause waren. In ihnen vernetzten sich zwischen 300 und 400 (die Literatur ist hier insgesamt nicht eindeutig) kirchliche Amtsträger, aber auch Theologiestudenten und Laien, die teilweise auch in anderen kirchlichen Basisgruppen aktiv waren. Der Arbeitskreis war basisdemokratisch organisiert, gab sich eine Rahmenordnung, traf sich zweimal jährlich

(jeweils um die Feiertage 1. Mai und den 7. Oktober herum) zu Vollversammlungen und hatte bald den Ruf einer innerkirchlichen Gewerkschaft.

Was aber war an der bisherigen Literatur nicht eindeutig, daß dieses Buch nötig wurde? Tautz meint dazu, dass die Entstehungsgeschichte des Netzwerkes (die für ihn im Lutherjahr 1983 beginnt) für die Öffentlichkeit weiterhin im Dunkeln lag, die chronologische Entwicklung des AKSK noch nie hinreichend dargestellt wurde, vor allem aber noch kein Autor die „theologisch-philosophisch-politische Grundlage für den Aufbau eines solchen Netzwerkes“ herausgearbeitet hätte.

Und tatsächlich füllt Tautz 51 spannend zu lesende Seiten mit dem Vorlauf der Gründung des AKSK. Teilnehmer einer „konspirativen“ Geburtstagsfeier am 10. November 1983 in Wittenberg wollten künftig Heino Falckes These vom „verbesserten Sozialismus“ in praktisches Handeln umsetzen. Sie schrieben, die Institution Kirche als Teil der Gesellschaft verstehend an die Kirchenleitung eine Stellungnahme zum Thema „Amt und Ehe“, trafen sich vom 7. und 8. Oktober 1985 in der Berliner Stephanus-Stiftung zu einem ersten informellen aber protokollierten Treffen um nach weiteren Erwägungen und Versammlungen genau ein Jahr später in einem evangelischen Gemeindehaus in Berlin-Karlshorst den AKSK zu gründen. Ab hier beschreibt Tautz auf rund 70 Seiten und in Halbjahresschritten, von Vollversammlung zu Vollversammlung die jeweils in verschiedenen Städten stattfanden, die Entwicklung des AKSK. Das Neue besteht hier sowohl in der schlüssigen chronologischen Darstellung als auch in einigen noch nicht breit veröffentlichten Befunden. Sorgsam beschreibt Tautz Vor- und Nachbereitung der einzelnen Sitzungen, die nicht ausbleibende Beobachtungsarbeit des MfS wie auch die noch wenig öffentlich bekannten Sommerakademien des AKSK sowie dessen ab April 1988 erscheinende Samisdat-Publikation namens „solidarische kirche“. Etwas kurz

kommt, sicher beabsichtigt, die Darstellung von oppositionellen Aktivitäten der AKSK-Mitglieder zwischen den einzelnen Treffen.

Als materielle Grundlage des AKSK identifiziert Tautz die kirchlichen Netzwerke, über welche die Mitglieder des AKSK bereits in der Ausbildung untereinander in ständiger Verbindung waren und mit deren Hilfe sie sich kurzfristig „persönlich, dienstlich und politisch unterstützen.“ Theologische Basis war die immerwährende Frage nach der „theologischen Existenz heute“. Zentraler Begriff war hier die Solidarität, welche als „Solidarität unter den Mitarbeitern und in der Gemeinde verstanden“ wurde. Bei aller Basisorientierung galt jedoch: „Ziel ist natürlich nicht nur die Auflösung überholter Strukturen, sondern ein neues Bild von der Kirche zu erarbeiten, das (auch) theologisch auf einem diskutablen Fundament steht.“ Letztendlich sah der AKSK sich laut Tautz in der Tradition der Bekennenden Kirche.

Die letzte Vollversammlung, vom 6. bis zum 8. Oktober 1989 in Magdeburg entsandte ganz in dieser Tradition laufend „Kundschafter zum Volkspolizeikreisamt, die dort versuchten in Erfahrung zu bringen, wie es den Magdeburger Demonstranten erging, die am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Republikgeburtstag verhaftet worden waren.“ Der Rest ist Geschichte. Viele Mitglieder des AKSK gestalteten an vielen Orten der DDR führend die Friedliche Revolution mit, gelangten anschließend teilweise in hohe politische Ämter, andere wiederum blieben ihren kirchlichen Tätigkeiten treu.

Eine tabellarische Chronik der Basisdaten des AKSK am Ende des Buches rundet das Lesen ab. Der eigentliche Coup aber liegt hinter einem ebenfalls am Ende des Werkes abgedruckten QR-Code versteckt: Knapp 150 Dokumente (auf die sich Tautz' Text bezieht) als herunterladbare PDF, abgelegt auf den Servern der „Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Der Autor stellt in Aussicht, dass diese Sammlung ausgebaut wird. Aber schon jetzt erwischt man sich dabei alte AKSK-Informationsmaterialien oder Briefe von dessen Mitgliedern zu lesen und dabei ganz zu vergessen, über welches gute Buch man hierher gelangt ist.

Dieser Ansatz zeigt eine mögliche Zukunft der DDR-Aufarbeitung bzw. Geschichtsschreibung auf: Ein (kurzer) Text eines Zeitzeugen und das (idealerweise kommentierte) „online-stellen“ einer Vielzahl einschlägiger Akten und sonstiger Dokumente. So bleibt Schriftlichkeit spannend und erhalten.

Haben umfassende Publikationen zur Oppositionsgeschichte der DDR in den letzten Jahren auch abgenommen ist auf Zeitzeugen Verlass, die wie beispielsweise Markus Meckel mit seiner Autobiografie oder eben Lothar Tautz mit seiner neu verfassten Geschichte des AKSK einerseits für Erkenntnisfortschritt sorgen, andererseits für die Nachwelt sachkundig und belastbar das festhalten, was die DDR eben auch war: Ort von Menschen die jenseits der Staatsideologie für Demokratie, Menschenrechte und Freiheit eintraten.

Christoph Wunnicke